

AUSGEWÄHLTE TEXTE

13. Januar 2012

Ulrich Schacht

Die Hans im Glück-Partei

Die FDP erlebt einen beispiellosen Absturz. Ginge es nur um diese Partei, wäre es vielleicht keine Tragödie. Es geht aber um die Freiheit des Bürgers und seine organisationspolitische Speerspitze, deshalb ist es eine. Nachruf auf den organisierten Liberalismus in Deutschland – von einem Schriftsteller und Bürger, der bei der Wahl 2009 einmal in seinem Leben die FDP gewählt hatte. Von Ulrich Schacht

Es soll vorgekommen sein, dass einer aus Angst vor dem Tod Selbstmord gemacht hat. Im Einzelfall ist das immer tragisch, kollektiv ist es zugleich gemeingefährlich. Kollektiver Suizid war bislang aber eher eine Spezialität religiöser Sekten, vor allem in Nord- und Südamerika. Im Spielraum politischer Parteien, sagen wir in Deutschland, führten zunächst rechtsstaatlich legitimierte Verbote durch das Bundesverfassungsgericht zum Tod von Parteien, wie einst im Falle der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei oder später der Kommunistischen Partei Deutschlands, die nichts anderes gewesen war als eine Agentur der stalinistischen SED. Beide juristischen Akte zeichneten sich jedenfalls vor allem dadurch aus, dass sie den antitotalitären Konsens der Verfassung ernst nahmen, also die eigentliche epochale Qualifikation des Grundgesetzes, und damit bewiesen wurde, dass die Republik zu jener Zeit noch auf keinem politischen Auge blind war. In den vergangenen Jahrzehnten jedoch, denken wir an die Republikaner, den Bund Freier Bürger oder die Schill-Partei in Hamburg – personell wie programmatisch allesamt höchst bürgerliche Formationen –, genügte konzentriertes Medien-Mobbing, um einen zutiefst antidemokratischen und deshalb völlig ungerechtfertigten parlamentarischen Ausschaltungseffekt zu erzielen. Der dabei ebenso regelmäßig erhobene Vorwurf, es handele sich um gefährliches „Rechtsabweichlertum“ von der politischen Mitte, noch jedes Mal dankbar beschwiegen oder aufgegriffen von den parteipolitischen Mitkonkurrenten, hatte und hat nicht zufällig fatale Ähnlichkeit mit Kampagnen gegen „Rechtsabweichler“, wie sie in den kommunistischen Diktaturen unter Lenin, Stalin und Mao Tse-tung an der Tagesordnung waren, um jeden faktischen wie potenziellen Gegner des eigenen totalen Machtanspruchs erst zu delegitimieren und dann auszuschalten. Dass die Linke wie die Grünen von exakt diesem ideologischen Vernichtungsfuror gegen Andersdenkende, vor allem wenn sie sich als konsequent liberal oder christlich-konservativ verstehen, tiefengeprägt sind, kann nur den überraschen, der über die Geschichte dieser Bewegungen nichts weiß und deshalb auf ihre aktuellen Maskeraden hereinfällt

Damit aber wären wir bei dem neuesten Parteien-Objekt angelangt, das einem solchen Frontalangriff ausgesetzt ist, zugleich jedoch den Eindruck erweckt, als wüsste es nicht, wie ihm geschieht und warum: der FDP, die sich lange darauf etwas zugute gehalten hat, und besonders im Bundestagswahljahr 2009, der letzte politische Hüter des freiheitlichen Geistes der Republik des Grundgesetzes zu sein – gegen alle sozialistisch-totalitär inspirierten Umbaupläne, wie sie in den Programmen der Linken und Grünen virulenter denn je sind, neuerdings aber auch in immer mehr Politikern von SPD und CDU medienagile Sprachrohre finden. Oder stehen, beispielsweise, der Union angehörende

Politiker wie Ursula von der Leyen und Norbert Röttgen, geht es um so totalitär inspirierte ideologische Wahnprojekte wie Gender mainstreaming, Klimakatastrophensimulation oder den restlosen Souveränitätstransfer an den ausgerechnet von Kommissaren geführten Umverteilungs-Moloch zu Brüssel, etwa noch auf konsequent freiheitlichen Positionen? Jedenfalls konnte man 2009, als die FDP am Wahlabend im September mit 14,6 Prozent das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren hatte, noch glauben, dass sie in diesem Zusammenhang die Geister klar scheiden könne. Eben deshalb hatte sie ja so viele Menschen auf ihre Seite ziehen können, die sie sonst kaum gewählt hätten. Es waren vor allem echte Libertäre und Konservative, die geradezu Zuflucht bei ihr suchten – angesichts eines immer bedrückender werdenden ideologischen Selbstgleichschaltungsprozesses der anderen Parteien im Bundestag. Von der Eingetheiltheit öffentlicher Diskurse durch die Political Correctness ganz zu schweigen, was den Medienwissenschaftler Norbert Bolz inzwischen von der „demokratischen Despotie“ hierzulande sprechen lässt und den Philosophen Robert Spaemann in eben jenem Wahljahr 2009 zu der Feststellung trieb: „Generell ist die Meinungsfreiheit jetzt schon auf katastrophale Weise eingeschränkt im Verhältnis zu den fünfziger Jahren. Wir lebten damals in einem viel freieren Land. Heute liegen Tretminen überall.“

Doch mit genau diesem Wahlergebnis hatte die FDP in den Augen aller Fortschritts- und Gleichheitsfreunde überreizt, sie wurde nämlich gefährlich, weil sie erkannt wurde als ein potenzielles Sammelbecken für ebenso freie wie konservative Geister. Noch am Wahlabend gingen deshalb die ersten, kaum verblühten Hasskommentare über die öffentlich-rechtlichen Sender, deren Journalisten, wie man befragungsstatistisch weiß, mehrheitlich seit langem Sympathisanten der Grünen sind, die 2009 aber fast fünf Prozentpunkte hinter der FDP lagen. Doch anstatt den Stimmzustrom genau zu analysieren und zu begreifen, dass hier eine Jahrhundertchance vorlag, aus der als reine „Wirtschaftspartei“ denunzierten politischen Kraft FDP wieder eine konsequent bürgerliche Freiheitsbewegung zu machen, die sich selbstbewusst zu allen ihren Wurzeln bekennt, darunter auch zu jener so lange so starken „nationalliberalen“, bekamen die juvenilen Taktiker und Strategen um Guido Westerwelle offenbar Angst vor der eigenen Courage und Geschichte, genossen lieber wie kleine Kinder die Sessel auf der Regierungsbank und ließen sich in Windeseile zurückdrängen auf das minenbestückte Kampffeld der Steuer- und Fiskalpolitik, um bald darauf wieder als reine Klientelpartei vorgeführt zu werden. Dabei wäre es so einfach gewesen, sich in notwendigen Sparzeiten nicht so sehr als Steuersenkungspartei zu profilieren, sondern als Partei, die die Verschwendung von Steuergeldern zugunsten diverser ideologischer Großprojekte attackiert. Es wäre so einfach gewesen, die Befürchtungen der Menschen vor dem „sanften totalitären Monster zu Brüssel“, wie der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger es kürzlich in einer brillanten Streitschrift nannte, ernst zu nehmen und sich zum entschiedenen Anwalt der antitotalitären Kräfte des Landes zu machen.

Und noch einfacher wäre es gewesen, die soziologische Zusammensetzung der Grünen als das zu überführen, was sie ist: ein reines Klientelkonglomerat, dessen Mitglieder und Wähler sich primär in festen Staats- und üppig dotierten Medien-Stellungen absichern lassen, gleichzeitig aber auf den gesellschaftlichen Bühnen, vor allem im Massenmedium Fernsehen, die Supermoralisten in Sachen Menschheitsbeglückung geben. Aber nichts davon hat die FDP unter Westerwelle oder Rösler letztendlich aufgegriffen, obwohl sie von ihrer Programmgeschichte her wie keine andere dazu berufen gewesen wäre. Wie sie auch dazu berufen gewesen wäre, die radikale Differenz zwischen der notwendig sozialen Marktwirtschaft und der Asozialität entfesselter agierender Marktradikaler deutlich zu machen und damit der antikapitalistischen Demagogie der Linken ein Ende zu bereiten. Vielmehr hat sie sich, je stärker die Angriffe wurden, umso mehr bemüht, sich eiligst

wieder selbst gleichzuschalten, zuletzt, als es um den fiskalpolitisch verhängnisvollen Euro-Rettungsschirm ging. Aber wer sich so krampfhaft anpasst, um wieder mitspielen zu dürfen, wo es doch darum geht, den Widerstand zu organisieren gegen das „Unheil der totalen Demokratie“, von dem der große Liberale Gerhard Szczesny angesichts seiner „Erfahrungen mit dem Fortschritt“ sprach (List Verlag, München 1983), bewirkt nur eins: Er macht sich überflüssig.

Der organisierte Liberalismus hat sich also benommen wie Hans im Glück, dem am Ende von seinem Goldklumpen aus Leichtfertigkeit nichts mehr blieb – wie der FDP, die heute bei knapp zwei Prozent der Wählerstimmen liegt, uninteressant ist als Koalitionspartner, für wen auch immer. Aber offenbar kann sie nicht mehr anders und macht nun aus Angst vor dem Tod Selbstmord. Ginge es nur um die FDP, wäre es vielleicht keine Tragödie. Es geht aber um die Freiheit des Bürgers und seine organisationspolitische Speerspitze, deshalb ist es eine.